

Herrn Dr. Frank Pongé
Vorsitzender des Ausschusses Zentrale Dienste

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Antrag

Es informiert Sie Bettina Granitzki
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de
Datum 23.08.2005
Drucks. Nr. VO/1052/05
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
01.09.2005	Ausschuss Zentrale Dienste
21.09.2005	Hauptausschuss
26.09.2005	Rat der Stadt Wuppertal

**Beschaffungswesen ohne Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit
Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 23. August 2005**

Sehr geehrter Herr Pongé,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge beschließen, die Stadt Wuppertal kauft im Rahmen ihres Beschaffungswesens keine Produkte, die unter Einsatz ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden, wie vor allem:

- Sportartikel, Spielwaren
- Teppiche, Wohn- und Kleidungstextilien, Lederwaren
- Natursteine, Pflastersteine
- Produkte aus Holz
- Agrarprodukte wie Kakao, Orangensaft, Südfrüchte, Tee, Kaffee, Blumen
- Fischereiprodukte wie Garnelen, Shrimps usw.
- Feuerwerkskörper, Zündhölzer
- Elektronische Bauteile oder Produkte

Stattdessen werden Aufträge zur Beschaffung künftig nur noch mit folgender Maßgabe ausgeschrieben:

Berücksichtigung finden nur Produkte, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der International Labour Organisation-Konvention 182 - betreffend die schlimmsten Formen der Kinderarbeit - hergestellt sind, bzw. Produkte, deren HerstellerInnen oder VerkäuferInnen aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der Kinderarbeit eingeleitet haben. Bei Produkten, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder verarbeitet worden sind, ist dies durch Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder durch eine entsprechende Selbstverpflichtung nachzuweisen.

Die Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe der Stadt verfahren ebenso.

Diese Regelung tritt am 3. Jahrestag des Inkrafttretens der ILO -Konvention 182, dem 18. April 2006, in Kraft.

Begründung:

Die „Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung“ (1992) in Rio de Janeiro fordert in der AGENDA 21 die Erarbeitung eines grundlegenden, ethischen Leitbildes, das eine ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung für alle Menschen und die Umwelt vorsieht. Wesentliche Voraussetzung dafür sind unter anderem die Einhaltung von weltweit gültigen sozialen und ökologischen Arbeitsschutz-Mindeststandards wie die international gültigen Bestimmungen in Bezug auf Gesundheitsschutz und Sicherheit, Mindestalter, Entlohnung und Überstundenregelungen sowie das Recht auf gewerkschaftliche und andere Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Interessenvertretung der Beschäftigten.

In der AGENDA 21 wurden insbesondere auch die Kommunen aufgefordert, sich für eine weltweit nachhaltige Entwicklung einzusetzen und auf kommunaler Ebene entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Maßgebliche internationale Übereinkommen sind die Kinderrechtskonvention und die ILO-Konventionen 29, 138 und 182. Trotz der breiten Ratifizierung der Konventionen folgten in den betroffenen Ländern oftmals keine ausreichenden Maßnahmen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Druck auf die Hersteller vor Ort, so günstig wie möglich zu produzieren, aufgrund des immer engeren Wettbewerbs und der globalen Wirtschaftsstrukturen immens ist. Daher betrifft die Frage weltweiter menschenwürdiger Arbeitsbedingungen auch die VerbraucherInnen.

Es besteht zwar kein nationales Gesetz, das die Berücksichtigung von Kinderarbeit bei öffentlichen Vergaben ausdrücklich regelt. Doch ist es vertretbar, sowohl aufgrund der Auslegungsmittelungen der Europäischen Kommission als auch aufgrund des Internationalen Übereinkommens, dass Produkte, die unter Einsatz ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden, bei öffentlichen Auftragsvergaben nicht berücksichtigt zu werden brauchen.

Wuppertal hat sich im Rahmen der Lokalen AGENDA 21 zum Prinzip der Nachhaltigkeit bekannt und ist sich seiner globalen Verantwortung für jetzige und künftige Generationen bewusst. Die Stadt kann durch ein eindeutiges Signal der Ächtung ausbeuterischer Kinderarbeit Vorbild sein für private VerbraucherInnen sowie für Großabnehmer. Damit schafft sie einen Anreiz für ProduzentInnen und HändlerInnen, sich stärker als bisher mit dem Problem der Kinderarbeit auseinander zu setzen.

Weitere Informationen unter <http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/>

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender